

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Landesorganisation Hamburg
 o. LPT 09. Juni 2018

Beschlusstexte

| | Antragsteller | Überschrift | Beschlusstext |
|------|----------------------|---|--|
| Kom1 | <i>Kreis I Mitte</i> | Stadt und Bezirke – weiter Hand in Hand für ein starkes Hamburg | <p>(Vertagung)</p> <p>Bereits am 12.04.2014 hat die SPD Hamburg auf ihrem Landesparteitag ein klares Bekenntnis für starke Bezirke gegeben. In den letzten Jahren wurden viele der damaligen Forderungen umgesetzt und die Leistungsfähigkeit der Bezirke weiter gesichert.</p> <p>In vielen Bereichen des täglichen Lebens sind die Bezirke das sichtbare Bild der Stadt. Der Wohnungs- und Gewerbebau, die Pflege von Grün- und Parkanlagen und die öffentlichen Dienstleistungen in Hamburg (u.a. die Ausstellung von Ausweisen oder Reisepässen, Bearbeitung des Elterngeldes oder der KiTa Gutscheine, Bauanträge, Jugendamtsdienste) sind bei den Bezirken in guten Händen.</p> <p>Die SPD ist in allen Stadtteilen präsent. Viele hundert Ehrenamtliche kümmern sich um unsere guten Nachbarschaften, kennen und verstehen die Sorgen und die Hoffnungen der Menschen. Als Mitglieder der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse, in Vereinen, Initiativen und Verbänden bringen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die städtische Gemeinschaft ein</p> |

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>und sorgen dafür, dass in Hamburg Politik für eine breite Mehrheit gemacht wird – nicht nur für einige wenige.</p> <p>Ein großer Teil der Menschen in Hamburg hat Ideen und Vorstellungen von einer Stadt, die sich vor Allem in ihrer Nachbarschaft widerspiegeln soll. Sei es die soziale Infrastruktur, der Zustand der Verkehrswege, Sauberkeit, ein guter öffentlicher Nahverkehr oder der Zustand der Spielplätze.</p> <p>Die SPD steht hier auf allen Ebenen der Stadt, den Bezirken, Fachbehörden, der Bürgerschaft und dem Senat, gemeinsam für die Interessen der Menschen ein.</p> <p>In umfassenden Beteiligungsverfahren werden die Ideen der Menschen aufgenommen und umgesetzt. Nur so konnte das Wohnungsbauprogramm der Stadt zu einem in der ganzen Republik beachteten Erfolg werden.</p> <p>Um den Bezirken auch weiterhin den ausreichenden Spielraum zu geben, die Interessen der Menschen umzusetzen, setzt die SPD auch in Zukunft auf eine gute personelle und finanzielle Ausstattung der Bezirke und die lässt den Bezirken die Freiheit, Entscheidungen vor Ort treffen zu können.</p> <p>Hierbei sind die strategischen Vorgaben der Fachbehörden Hilfestellung und Rahmen zugleich.</p> <p>Für die SPD aber bleibt klar: Was vor Ort entschieden und umgesetzt werden kann, soll auch vor Ort entschieden und umgesetzt werden.</p> <p>Nach nunmehr sieben Jahren der kontinuierlichen Verbesserung der Situation der Bezirke durch den SPD-geführten Senat stehen wir vor der Aufgabe, die Bezirke im Rahmen der Entflechtung von Aufgaben noch stärker zu machen, um das direkte Lebensumfeld und die Lebenssituation der Menschen zu stärken</p> <p>Durch das neue Wahlrecht hat sich gezeigt, dass die direkt gewählten</p> |
|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|---|
| | | | <p>Bezirksabgeordneten über eine Ortskenntnis und ein Engagement verfügen, das unbedingt genutzt werden muss. Für die Opposition sind die Bezirke lediglich Durchführungsbehörden und haben die zum Teil bis auf die kleinste Ebene reichenden Entscheidungen der Fachbehörde lediglich umzusetzen.</p> <p>Für die SPD sind die Bezirke die wichtigste, unmittelbar mit den Menschen der Stadt arbeitende Ebene - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksämter und die Mitglieder der Bezirksversammlungen sind gleichzeitig das Gesicht der Politik von Senat und Bürgerschaft. Die Auswirkungen aller politischen Entscheidungen in Hamburg werden als erstes durch den Bezirk und die Bezirkspolitik erfahren und reflektiert. Es ist die Stärke der SPD, dass hieraus kein Kleinkampf der Ebenen entsteht, sondern aus den Rückmeldungen und Erfahrungen der Akteure vor Ort stetig an den besten Lösungen gearbeitet wird.</p> <p>Aus diesem Grunde wird die SPD die Bezirke weiter stärken.</p> <p>Hierfür wird die SPD die Einflussmöglichkeiten der Bezirksversammlung weiter verbessern. Denn, auch wenn die Bezirksversammlung durch ehrenamtliche Mitglieder besetzt wird, sind die Ansprüche und Bedarfe seitens der Bevölkerung an die Versammlung groß. Kein gewähltes Gremium ist so nah an den Bedarfen der Menschen in Hamburg und keine andere Ebene kann mit Sondermitteln so unbürokratisch Initiativen und Projekte vor Ort unterstützen. Neben der Versammlung selber und den vorgeschriebenen Fachausschüssen sind vor allem die Regionalausschüsse die Orte, an denen der Austausch zwischen Bezirksversammlung und den Quartieren niedrigschwellig und direkt stattfinden kann. Die Expertise und Meinungsbildung vor Ort, die durch die Regionalausschüsse gewährleistet werden, sind für die bezirkliche Arbeit von unschätzbarem Wert.</p> <p>Gute und verlässliche Arbeit im Ausschuss benötigt eine gute Vernetzung in die Bezirksverwaltung und eine gute Sichtbarkeit der Verwaltung vor Ort. Die SPD steht wie keine andere Partei für Verbindlichkeit bei Zusagen und Versprechen.</p> |
|--|--|--|---|

| | | | |
|--|--|--|---|
| | | | <p>Wenn eine politische Entscheidung getroffen wird, dann wird diese auch wie vereinbart umgesetzt. Da die Umsetzung immer ein verlässliches Verwaltungshandeln voraussetzt, muss die Verwaltung regional und thematisch breit aufgestellt präsent sein. Die Präsenz eines hauptamtlichen Regionalbeauftragten ist schon in Horn, Hamm, Borgfelde, Rothenburgsort und Finkenwerder höchst erfolgreich. In einem nächsten Schritt wird auch für Billstedt, Wilhelmsburg und den Citybereich eine hauptamtliche Vertretung der Verwaltung sichergestellt. Dies soll so verstetigt werden, dass die Regionalbeauftragten nicht durch andere Prioritäten wegfallen können. Das bedeutet auch, dass die Tätigkeit als Regionalbeauftragter nicht als weitere Zusatzaufgabe an bestehende Stellen angefügt werden soll. Regionalbeauftragte haben eine ganz besondere Scharnierfunktion zwischen Politik und Verwaltung, die durch adäquate Ressourcen sichergestellt werden muss.</p> <p>Die Bezirksversammlung muss in die Lage versetzt werden, sich eine Arbeitsstruktur zu geben, die den aktuellen Herausforderungen entspricht. Als direkte Repräsentanten der Hamburger Politik vor Ort müssen die Mitglieder der Bezirksversammlung in jedem Bezirk zu Beginn einer Legislatur die Struktur der Ausschüsse Evaluieren und an die Gegebenheiten und Herausforderungen der Zeit anpassen können. Dabei ist die Betreuung der Arbeit der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen adäquat auszustatten. Die politische Arbeit muss sich nicht an Prozessen sondern an Ergebnissen messen lassen. Wie diese Ergebnisse erreicht werden können, wissen die Akteure vor Ort am besten. Dazu braucht es auch handlungsfähige Strukturen in den Bezirksfraktionen. Die Vielzahl von Beteiligungsformaten, Abstimmungsterminen bedingt zumindest einen hauptamtliche Angestellte/n, der/die auch zu Arbeitszeiten die Termine wahrnehmen und die Interessen der Fraktion vertritt. Erstellung von professionellen Entwürfen und Studien für politische Initiativen sind mit den jetzigen Pauschalen nicht möglich. Daher müssen diese an die aktuellen Erwartungen und Gegebenheiten anzupassen.</p> <p>Die Mittelzuweisung für die Bezirksversammlung bestehend aus Sondermitteln</p> |
|--|--|--|---|

| | | | |
|--|--|--|---|
| | | | <p>und dem Quartiersfonds muss auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden. Mit diesem Geld wird Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik zurückgewonnen und mit kleinen Förderungen große Ergebnisse erzielt.</p> <p>Um die Wirkung des politische Handelns auf bezirklicher Ebene deutlicher nach außen zu tragen und damit auch die Wahlbeteiligung bei Bezirkswahlen zu erhöhen, soll jede Bezirksversammlung ein eigenes adäquates Budget für Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Es obliegt den Versammlung zu entscheiden, ob damit hauptsächlich Dienstleistungen eingekauft oder sogar eigenes Personal beschäftigt wird. Ziel ist der niedrigschwellige Zugang zur Arbeit der Bezirksversammlung und der zugehörigen Ausschüsse.</p> <p>Starke Bezirke brauchen auch eine starke Bezirksverwaltung.</p> <p>Die SPD wird gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Bezirke mit dem Personal ausgestattet sind, welches sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Hierfür werden in allen Bereichen der Bezirksverwaltungen objektive Personalbemessungen durchgeführt. In diesem Zuge wird auch die Gehaltsstruktur neu festgelegt. Als Grundlage dienen hierfür jedoch nicht nur die fachlichen Aufgaben der jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die Personalverantwortung, Publikumsverkehr und Mittelverantwortung. Nur so können Ungleichheiten zwischen den Bezirken abgemildert werden. Darüber hinaus werden die Gehaltsstrukturen der Bezirke mit denen der Fachbehörden verglichen und so strategische Entscheidungen und die Verantwortung für deren Durchführung vereinbar gemacht. Damit wird auch verhindert, dass die Fachbehörden in der Rekrutierung der besten Köpfe immer attraktiver sind als die Bezirke. Dabei ist der Bedarf an gutem Personal in den Bezirken genauso vorhanden wie in den Fachbehörden. Es gilt, dass die Hamburger Verwaltung auf allen Ebenen gute Absolventen und erfahrene Kräfte rekrutieren kann, um die Herausforderungen einer modernen Verwaltung meistern zu können.</p> |
|--|--|--|---|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <p>Die Bezirke brauche eine eigene Stimme</p> <p>Aus gutem Grund waren die Bezirke bislang Teil der Finanzbehörde. Beinahe zehn Jahre wurde von CDU geführten Senaten ein tarifliches und personelles Desaster veranstaltet. Rückzug der Verwaltung aus den Stadtteilen, überstürzte Reformen und unübersichtliche Verantwortlichkeiten brauchten eine budgetorientierte Steuerung. Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Bezirke heute wieder mit klaren Strukturen arbeiten können und jede Ebene der Stadt weiß, für welche Aufgaben sie verantwortlich ist.</p> <p>Diese Kraft soll nunmehr gebündelt werden, um den Bezirken auch in den Befassungen des Senates eine noch kräftigere Stimme zu geben. Deshalb wird die Zuständigkeit für die Bezirke aus der Finanzbehörde herausgelöst und es wird ein Senatsamt für die Bezirke geschaffen. Die mehr als 6000 Beschäftigten der Bezirke und die Hunderten von Bezirksabgeordneten brauchen eine eigene Stimme im Senat. Nur so kann glaubwürdig dargestellt werden, welche Konsequenzen die Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft für die Bezirke haben.</p> <p>Bezirke als attraktive Arbeitgeber erhalten</p> <p>Die Bezirke haben sich als Verwaltung vor Ort leistungsfähig und attraktiv aufgestellt. Durch langwierige, auf den internen Arbeitsmarkt der Stadt beschränkte Ausschreibungsverfahren können jedoch frei werdende Stellen erst mit großer Verzögerung nachbesetzt werden. Gerade für die unteren Gehaltsklassen gibt es kaum noch Bewerbungen aus dem internen Arbeitsmarkt der Stadt. Trotzdem wird an den internen Ausschreibungsverfahren festgehalten. Dies führt zu einer Unzufriedenheit der Fachbehörden, weil Aufgaben nicht zeitnah gelöst werden können und zu mehr Druck auf die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um dies zu ändern wird die Möglichkeit der externen Ausschreibung in die Entscheidungskompetenz des jeweiligen Bezirkes gelegt, um den oder die besten für die offene Stelle zu finden und um die Diversität in den Ämtern zu erhöhen. So finden auch andere Erfahrungen und</p> |
|--|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>Lösungsansätze Einzug in die Verwaltung. So ist ein Austausch zwischen den Arbeitsmärkten und eine Rückkehr in die Verwaltung möglich.</p> <p>Darüber hinaus wird die SPD dafür sorgen, dass auch Menschen mit unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsbiografien Zugang zur Hamburger Verwaltung haben. Die Bezirke wissen am Besten, wen sie für welche Aufgaben brauchen. Lebens- und Berufserfahrung auch außerhalb von Verwaltung und Universität sind für unser Gemeinwesen und seine Verwaltung unabdingbar.</p> <p>Budgetverantwortung für die Bezirke ermöglichen</p> <p>Die Bezirke müssen in der Lage sein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eigenverantwortlich planen und handeln zu können. So ist es selbstverständlich, dass die Bezirke Personal nur im Rahmen ihres Personalbudgets beschäftigen können. In den letzten Jahren kam es durch Beschlüsse der Bürgerschaft und des Senates (z.B. „Hamburg wächst“) oder durch Gesetzesänderungen auf Bundesebene (z.B. beim Unterhaltsvorschussgesetz) zu einem Aufbau von Personal. Zeitgleich sollen durch das sogenannte Vollzeitkräftecontrolling nach dem Willen der Koalition 250 Stellen in der städtischen Verwaltung außerhalb der sog. Schonbereiche abgebaut werden. Dieser grundsätzlich richtige Ansatz erfordert jedoch eine detaillierte Aufgabenbeschreibung: Was haben die Bezirke in welcher Zeit zu erledigen? Wie lange sollen Wartezeiten sein, wie hoch ist der Betreuungsschlüssel? Durch den Aufbau von Personal, der unmittelbar aufgrund von Initiativen der Landes- oder Bundesebene entsteht, wird der Druck auf jene Bereiche der Kernverwaltung, die den Personalabbau bewerkstelligen müssen, immer höher. Im schlimmsten Falle bleiben Aufgaben liegen, was für Frust bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern führt. Aus diesem Grund wird die SPD sich für eine Reduzierung des Vollzeitkräfte-Controllings auf ein Berichtswesen einsetzen. Die Steuerung über die Personalkostenbudgets ist ausreichend und ermöglicht den Bezirken die richtigen Entscheidungen vor Ort.</p> |
|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <p>Die fachliche Steuerung der unterschiedlichen Behörden sorgt für gleiche Rahmenbedingungen in der ganzen Stadt. Mitunter sind aber die Grenzen der Zuständigkeiten trotz aller Bemühungen noch nicht klar genug. So kann es passieren, dass durch sehr detaillierte Vorgaben aus dem Haushaltsplan Einzelentscheidungen für die unmittelbare Vor-Ort-Ebene getroffen werden, die ganz eindeutig bei den Bezirksversammlungen und Bezirksämtern besser aufgehoben wären. Es ist richtig, überörtliche Verkehrsstrategien oder Forschungscluster auch überörtlich zu entscheiden. Es ist falsch, im Haushaltsplan auf Landesebene fest zu legen, in welchem Park wie viele Rasenmäher gekauft werden können. Aus diesem Grunde wird die SPD sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Bezirke und Bezirksversammlungen im Rahmen der fachlichen Vorgaben und finanziellen Global-Budgets ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen können. Dort, wo eine Zuständigkeit angesiedelt ist, muss auch die Budgetverantwortung vorhanden sein, um auf Änderungen und Herausforderungen eines großstädtischen Bezirks reagieren zu können.</p> <p>Grundsätzlich wird die SPD dafür sorgen, dass die Bezirke für die zahlreichen Aufgaben ausreichende Budgets erhalten. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich die Zunahme der Bevölkerung und neue Wohn- und Arbeitsgebiete personell und materiell in allen Bereichen der Bezirksverwaltung wieder finden.</p> <p>Servicequalität erhöhen – Digitalisierung nutzen</p> <p>Die Bedürfnisse der Menschen unserer Stadt haben sich geändert. Mit den Kundenzentren haben wir vorgemacht, wie sich Verwaltung auf diese geänderten Bedingungen einstellen kann. Inzwischen hat die Mehrzahl der Kundenzentren täglich von 07:00 bis 19:00 Uhr geöffnet.</p> <p>Es muss jedoch Ziel sein, den Menschen noch schneller und effizienter städtische Dienstleistungen anbieten zu können. Hierfür haben sich die Bezirke die Einheit „Informationstechnik in der Bezirksverwaltung“ geschaffen. Der Senat hat einen „Chief Digital Officer“ geschaffen, der die Chancen der Digitalisierung auch</p> |
|--|--|--|--|

| | | | |
|------|------------------------|--|---|
| | | | <p>übergreifend beurteilen und Vorschläge für deren Umsetzung machen soll. Das ganze findet sich in der Senatsstrategie „Digital First“ wieder.</p> <p>Die SPD sieht in der Digitalisierung eine große Chance. Wir können es schaffen, einfache Anliegen schnell und einfach zu bearbeiten und jene Bereiche, die Beratung und Betreuung als Kern ihrer Arbeit haben, von aufwändigen Formularen zu befreien.</p> <p>Wir werden hier eine Analyse durchführen, die zum Ziel hat, jede nicht zwingend in Papierform durchzuführende Verwaltungshandlung zu digitalisieren.</p> <p>Es gibt viele weitere Ideen, die Bezirke und damit die Stadt voran zu bringen. Die SPD wird deshalb mindestens einmal jährlich die Situation der Bezirke auf einem Landesparteitag besprechen.</p> |
| Arb1 | <i>Kreis II Altona</i> | Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit – Handlungsmöglichkeiten in Hamburg | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert bis zum Ende der Legislaturperiode 2020 folgende Maßnahmen zu realisieren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schrittweise Erhöhung des Mindestlohns für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst sowie in Einrichtungen und Unternehmen der Stadt auf 12 Euro/Stunde 2. Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Einstellungen im Öffentlichen Dienst sowie in Einrichtungen und Unternehmen der Stadt 3. Überarbeitung der Hamburger Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge, damit Tariftreue-Regelungen verstärkt zur Geltung kommen 4. Erhöhung der Zahl der Fallmanager für Langzeitarbeitslose im Jobcenter |

| | | | |
|------|--------------------|--|--|
| | | | <p>5. Keine Aufforderung an Sozialleistungsbezieher, ihre „Kosten der Unterkunft“ durch einen Umzug zu senken, wenn ihre Miete die Richtwerte übersteigt</p> <p>6. Freier Eintritt in Museen und anderen Kultureinrichtungen für Menschen mit niedrigem Einkommen an festen Tagen im Monat</p> <p>7. Wiedereinführung eines Sozialtickets beim HVV</p> <p>8. Erprobung des „Housing-First-Konzepts“ – neue Wege aus der Obdachlosigkeit auch in Hamburg.</p> |
| Arb2 | AfA AfA Hamburg | Bundesweiten Mindestlohn weiterentwickeln – Hamburger Mindestlohn neu denken | <p>(Angenommen)</p> <p>Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Hamburg begrüßt die Aussagen, den Mindestlohn in einem überschaubaren Zeitraum auf zwölf Euro pro Stunde anheben zu wollen. In einer Gesellschaft, in der die Löhne durch Globalisierung und technischen Wandel unter Druck geraten, muss die SPD den Mindestlohn noch viel stärker als Korrekturinstrument einsetzen, als sie es bisher getan hat. Die Lohnuntergrenze muss künftig so hoch sein, dass niemand, der Vollzeit arbeitet, im Alter öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen muss. Hierfür ist eine Weiterentwicklung sowohl des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns als auch anderer Mindestlohnregelungen erforderlich.</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, die erneute Verankerung eines gesetzlichen Mindestlohns auf Landesebene in einem Hamburgischen Mindestlohngesetz und im Hamburgischen Vergabegesetz gemeinsam mit den Gewerkschaften zu prüfen.</p> <p>Die Geltungsbereiche des Hamburgischen Mindestlohngesetzes und des Hamburgischen Vergabegesetzes sind dabei so auszugestalten, dass sie den</p> |

| | | | |
|------|-----------------------------|---|---|
| | | | <p>maximal möglichen landesgesetzlich regelbaren Geltungsbereich abdecken. Als Orientierungswert für den neuen Hamburger Mindestlohn ist die niedrigste Entgeltgruppe des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) im Landesmindestlohngesetz zu verankern. Dies ermöglicht eine regelmäßige Anpassung nach einem nachvollziehbaren Kriterium. Hierfür ist eine Verordnungsermächtigung im Gesetz zu verankern. In 2018 würde ein so errechneter Mindestlohn bei 10,64 Euro pro Stunde liegen.</p> |
| Arb3 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | 12 Euro Mindestlohn | <p>(Angenommen)</p> <p>zur Weiterleitung an den Landesparteitag und im Weiteren an den Bundesparteitag</p> <p>Die SPD setzt sich für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf mindestens 12 Euro ein.“</p> |
| Soz1 | <i>Kreis V Wandsbek</i> | Stärkung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen, der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Das deutsche System der sozialen Sicherung ist in selbstverwalteten Körperschaften des öffentlichen Rechts organisiert. Die soziale Selbstverwaltung ist Ausdruck der Verantwortung, die die Sozialpartner in Deutschland für die Gestaltung der Sozialversicherung übernehmen. In den alle 6 Jahre stattfindenden Sozialwahlen werden die Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber gewählt. Wir</p> |

| | | | |
|------|-----------|---|--|
| | | | <p>fordern die Stärkung der Selbstverwaltung durch Verbesserung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte und die Modernisierung der Sozialwahlen. Dazu gehört u.a. eine höhere Teilhabe von Frauen und jüngeren Personen in den gewählten Organen. Die SPD fordert in diesem Zusammenhang</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratungs-/ Beteiligungsverfahren bei der Festlegung des Beitragssatzes - Beteiligung bei der Festsetzung der Mindest- und Höchstgrenze für die Nachhaltigkeitsrücklage - verbesserte Freistellungsmöglichkeiten für die Selbstverwalter/-innen - Verbesserung der Transparenz über die Arbeit der Selbstverwaltung |
| Soz2 | AG 60plus | Stärkung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung | <p>erledigt durch Annahme von Soz 1</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Das deutsche System der sozialen Sicherung ist in selbstverwalteten Körperschaften des öffentlichen Rechts organisiert. Die soziale Selbstverwaltung ist Ausdruck der Verantwortung, die die Sozialpartner in Deutschland für die Gestaltung der Sozialversicherung übernehmen. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD fordert u.a. die Stärkung der Selbstverwaltung und die Modernisierung der Sozialwahlen.</p> <p>Der Landesparteitag fordert in diesem Zusammenhang</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Beratungs-/Beteiligungsverfahren bei der Festlegung des Beitragssatzes • das Recht der Beratungsgremien die Höhe des Reha-Budgets selbst festzulegen |

| | | | |
|------|-----------------------------|--|---|
| | | | <ul style="list-style-type: none"> • Die Beteiligung bei der Festsetzung der Mindest- und Höchstgrenze für die Nachhaltigkeitsrücklage • verbesserte Freistellungsmöglichkeiten für die Selbstverwalter/-innen • Verbesserung der Transparenz über die Arbeit der Selbstverwaltung |
| Soz3 | <i>AG 60plus</i> | Ein wenig mehr für die Ärmsten und Schwächsten - reiches Hamburg, das schaffst Du! | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Soziale Teilhabe für alle – Reiches Hamburg, das schaffst Du!</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Bürgerschaftsfraktion und der Senat werden aufgefordert zu prüfen, in den entsprechenden Landesverordnungen die Voraussetzungen zu schaffen, den Regelsatz für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit pro Monat um 15 Euro für Erwachsene sowie um 10 Euro für Minderjährige in Bedarfsgemeinschaften ab 2019 aufzustocken und die finanziellen Voraussetzungen hierfür im Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg zu schaffen.</p> |
| Soz4 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Keine Anrechnung von Kindergeld auf Leistungen nach dem ALG II | <p>(Vertagung)</p> <p>zur Weiterleitung an den Landesparteitag und im Weiteren zur Weiterleitung an den Bundesparteitag</p> <p>„Die SPD setzt sich dafür ein, dass die nach dem Sozialgesetzbuch II bei der Gewährung von Leistungen nach dem ALG II (Hartz IV) bisher anzurechnenden Beträge aus dem Kindergeldgesetz anrechnungsfrei verbleiben und nicht als Einkommen angerechnet werden.“</p> |
| Soz5 | <i>Kreis I Mitte</i> | Endlich die Seniorentreffs stärken! | <p>(Vertagung)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> |

| | | | |
|------|--|---|--|
| | | | Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, den bereits am 12. April 2014 beschlossenen Antrag hinsichtlich der angemessenen Aufwandsentschädigung für die LeiterInnen der Seniorentreffs sowie deren StellvertreterInnen und HelferInnen jetzt zügig umzusetzen. Die Leistungen sollen monatlich mindestens 450 Euro für die LeiterInnen, mindestens 400 Euro für die StellvertreterInnen und mindestens 10 Euro pro Tag für die HelferInnen umfassen. |
| Soz6 | <i>Initiativantrag Distriktsvorstand Altona Altstadt</i> | Leerstehende Bunker und Flüchtlingsunterkünfte für Obdachlose bereitstellen – Modellprojekt für Bunker an der Holstenstraße 75 prüfen | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der LPT möge beschließen:</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Senat und die Bürgerschaftsfraktion auf, den Gebrauch leerstehender Bunkeranlagen und Flüchtlingsunterkünfte zur Bereitstellung für Obdachlose zu prüfen. Eingeschlossen ist hierbei eine Prüfung der zu gewährleistenden Sicherheit, der Hygiene sowie der notwendigen Brandschutzmaßnahmen und des Personenschutzes eines solchen Vorhabens.</p> <p>Wir regen in diesem Zusammenhang die Prüfung, als Pilotprojekt die Bereitstellung des</p> <p>Bunkers an der Holstenstraße 75a für Obdachlose an, wenn nicht ganzjährig, zumindest im Rahmen des Winternothilfeprogramms.</p> |
| Bill | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Abschaffung der Altersgrenze bei BAföG und Stipendien | <p>erledigt durch Annahme von BII 2</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir fordern die Abschaffung der Altersgrenze für das BAföG für das Erststudium und Stipendien der Begabtenförderungswerke sowie das Deutschlandstipendium. Erst mit dem Eintritt in die Rente soll keine Förderung mehr möglich sein.</p> <p>Zudem fordern wir Maßnahmen um sicherzustellen, dass Antragsteller*innen keine Begründung für ihre spät aufgenommene Ausbildung abgeben müssen.</p> |

| | | | |
|------|----------------------------------|---|---|
| | | | Die Krankenversicherung sollen die studentische Versicherung entsprechend anpassen. |
| Bil2 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Abschaffung der Altersgrenze im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>zur Weiterleitung an den Landesparteitag und im Weiteren an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Wir fordern die Abschaffung der Altersgrenze im Bundesausbildungsförderungsgesetz.</p> |
| | | | Die Krankenversicherungen sollen die studentische Versicherung entsprechend anpassen. |
| Bil3 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Meister-Bafög anpassen! | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten und die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den Zuschussatz beim Meister-Bafög an den des Studenten-Bafögs anzupassen. Der Zuschuss- und Darlehensanteil soll jeweils 50% betragen. Darüber hinaus fordern wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schrittweise von den Kursgebühren vollständig zu entlasten.</p> |
| Bil4 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Anwesenheitspflicht regulieren | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Eigenverantwortliches Studieren stärken</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> |
| | | | Mit dem Ziel der weiteren Stärkung eines eigenverantwortlichen Studierens wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion aufgefordert, innerhalb eines Jahres zu prüfen, inwieweit eine Anwesenheitspflicht für Studierende als Teilnahmevoraussetzung |

| | | | |
|------|----------------------------------|---|---|
| | | | an Leistungskontrollen nach den Studien- und Prüfungsordnungen erforderlich und angemessen ist. |
| Bil5 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Einführung einheitlicher Zeugnisse in den Grundschulen | <p>(Abgelehnt)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Gefordert wird, die Einführung einheitlicher und standardisierter Zeugnisse mit ausformulierten Texten in allen Hamburgern Grundschulen.</p> |
| Bil6 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Pilotprojekt für eine bessere soziale Durchmischung an Hamburger Grundschulen | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Senat der Freien Hansestadt Hamburg (FHH) soll ein Pilotprojekt initiieren, das Anreizregelungen für eine stärkere soziale Durchmischung in Grundschulen testen soll. Die näheren Rahmenbedingungen sowie die Evaluationszeit des Pilotprojekts hat die Schulbehörde zu bestimmen. An diesem Pilotprojekt sollen zehn Schulen teilnehmen. Das Projekt soll sich mit der Frage beschäftigen, ob das folgende Konzept langfristigen Erfolg verspricht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundschulen werden angewiesen, 10% der vorhandenen Einschulplätze Kindern vorzubehalten, die wirtschaftlich schwachen Familien entstammen. Für den wirtschaftlich schwachen Hintergrund müssen das Kind bzw. seine Eltern gegenüber der Schule einen entsprechenden Nachweis erbringen. Die Maßstäbe dafür, ab wann ein „wirtschaftlich schwacher Hintergrund“ anzunehmen ist, stellt die Schulbehörde jährlich neu auf. • Bewerben sich in einem Jahrgang nicht genügend Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien, welche 10% der vorhandenen Plätze belegen können, vergibt die Schule die Restplätze an weitere Bewerberinnen und Bewerber aus nicht nachgewiesenermaßen wirtschaftlich schwachen Familien. • Um es vor allem Kindern aus wirtschaftlich schwächeren Gebieten in Hamburg zu ermöglichen, den Schulweg in einem anderen Stadtteil auf |

| | | | |
|------|--|--|--|
| | | | <p>sich zu nehmen, muss der Staat die dafür notwendige Infrastruktur anbieten und die Eltern entlasten. Die FHH stellt daher Schulbusse zur Verfügung, die (allein) für den Transport von Schülerinnen und Schülern in ihre Grundschulen bestimmt sind („Bussing“). Die Routen und Zeiten der Schulbusse orientieren sich jedes Jahr neu an den Schulwegen der Kinder, die das Angebot in Anspruch nehmen möchten.</p> <p>Das Pilotprojekt soll im Wesentlichen folgendes beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Schulbehörde fordert ausgewählte Grundschulen in vorwiegend wohlhabenden Vierteln Hamburgs dazu auf, an dem Pilotprojekt teilzunehmen und bietet ihnen dafür bestimmte Vorteile, die geeignet sind, als Anreiz für eine Teilnahme zu dienen. Für die am Pilotprojekt teilnehmenden Schülerinnen und Schüler stellt die FHH Busse für den Schulweg zur Verfügung. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Es erfolgen regelmäßige Evaluation verschiedener Aspekte, die für den Erfolg des Projektes stehen: Dazu gehören insbesondere Erhebungen über die Lernentwicklung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes, Reaktionen aus dem Schulumfeld (insbesondere der Elternschaft), der Grad der sozialen Integration der betroffenen Schüler in die Klassengemeinschaft sowie allgemeine Kostengesichtspunkte. |
| Bil7 | <i>Initiativantrag Distriktsvorstand Altona Altstadt</i> | Ausbildung zur Psychotherapeutin nach dem Psychologiestudium staatlich unterschützen | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Senat auf zu prüfen, ob die PsychotherapeutInnen-Ausbildung im Anschluss an das Psychologiestudium (Abschluss Master of Science) staatlich finanziert werden kann.</p> |
| Woh1 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Berechnungsgrundlage für Mietenspiegel auf zehn Jahre erweitern | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Berechnungsgrundlage für Mietenspiegel erweitern durch Einbeziehung von Mietänderungen der letzten zehn Jahre und der Bestandsmieten</p> |

| | | | |
|------|---|--------------------------------|--|
| | | | <p>Der Landesparteitag möge beschließen,</p> <p>dass sich die SPD-Bundespartei und die SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass die Berechnungsgrundlagen für den Mietenspiegel in § 558 Absatz 2 Satz 1 BGB dahin gehend geändert werden, dass der Zeitraum für einzubeziehende Mietänderungen von derzeit vier auf zehn Jahre erweitert wird und sämtliche Bestandsmieten zu berücksichtigen sind.</p> |
| Woh2 | <p><i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i></p> | Einführung eines Mietregisters | <p>(Vertagung)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Freie Hansestadt Hamburg schafft eine staatliche Instanz, welche Daten zum Mietwohnraumbestand in Hamburg, insbesondere den Mietpreisen sammelt und registriert, den Datensatz analysiert und festgestellte Verstöße gegen die Mietpreisbremse ahndet. • Vermieter werden verpflichtet, ihren Wohnbestand und die veranschlagten Mietpreise dieser Instanz gegenüber offenzulegen und Änderungen mitzuteilen. <p>Im Einzelnen:</p> <p>Die Vermieter werden dazu verpflichtet, ihren Wohnungsbestand der Behörde mitzuteilen und ihren Mietpreis offenzulegen. Des Weiteren müssen die Vermieter Parameter wie die Heizungsart, die Warmwasserversorgung, die Quadratmeterzahl, Art des Balkons, der Energieverbrauch, die Deckenhöhe, offene Küche, etc. angeben. Die Instanz muss mit dem notwendigen Personal und Mitteln ausgestattet werden, um diese Daten zu verarbeiten (insbesondere Statistiker, Programmierer).</p> <p>Die Daten sind nur für den internen Gebrauch innerhalb der Instanz bestimmt. Es darf über die veröffentlichten Daten im Rahmen des Mietspiegels kein Rückschluss auf einzelne Vermieter oder Mieter möglich sein. Es gelten die</p> |

| | | | |
|------|-------------------------|--|--|
| | | | <p>allgemeinen datenschutzrechtlichen Bestimmungen.</p> <p>Die Daten dienen der Behörde ausschließlich zu zweierlei Zwecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Menge an Daten bieten ein genaueres und repräsentativeres Bild der ortsüblichen Vergleichsmiete. • Zum anderen soll das Mietregister die Durchsetzbarkeit der Mietpreisbremse verbessern. Die Daten sollen den Behörden dazu dienen, zu kontrollieren, ob die Vermieter die gesetzlichen Vorgaben zur Mietpreisbremse einhalten. <p>Die Richtigkeit der Daten überprüft die Behörde anhand von Stichproben. Sie ahndet Verstöße konsequent auf Grundlage von § 270 StGB.</p> |
| Woh3 | <i>AG 60plus</i> | Mehr Sozialwohnungen schaffen – den Drittmix verändern | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Durch die erheblichen Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft konnten der stetige Rückgang der Zahl an Sozialwohnungen in den letzten Jahren gestoppt und die Zahl von Wohnungen mit einer Belegungsbindung bei rund 82.000 stabilisiert werden. Derzeit werden Fördermittel für den Bau von 3.000 Sozialwohnungen pro Jahr zur Verfügung gestellt.</p> <p>Künftig sollte die Anzahl der bezahlbaren Wohnungen insgesamt, Sozialwohnungen und Wohnungen im sogenannten 8-€-Wohnungsbau und weiterer preisgebundener Wohnraum noch weiter gesteigert und damit der Anteil im so genannten Drittmix vergrößert werden.</p> <p>Die Bürgerschaftsfraktion und der Senat werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen. Dabei ist auch die Bindungsdauer von derzeit mindestens 15 Jahren zu verlängern.</p> |
| Woh4 | <i>Kreis V Wandsbek</i> | Situation der Einkaufszentren in Steilshoop und Jenfeld dringend | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> |

| | | | |
|------|--|--|---|
| | | verbessern | Der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgerufen, falls erforderlich, den Bezirk Hamburg-Wandsbek zu unterstützen, alle rechtlich möglichen und politisch gebotenen Schritte zu unternehmen, um eine nachhaltige Verbesserung der Situation in den Einkaufszentren Steilshoop und Jenfeld entweder im Zusammenwirken mit oder ggf. auch gegen die Eigentümerseite zu erreichen. |
| Woh5 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Öffnung von Schulhöfen nach Unterrichtsschluss zum Spielen von Kindern | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Öffnung von Schulhöfen nach Schulzeitende zum Spielen von Kindern</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass möglichst alle Schulhöfe Kindern und Jugendlichen bzw. der Nachbarschaft zur Freizeitgestaltung außerhalb der regulären Schulzeiten zugänglich gemacht werden.</p> |
| Woh6 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Mehrgenerationenwohnen fördern | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Abgeordneten in den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft sowie die Senatorin für Stadtentwicklung werden aufgefordert, bei der Planung zukünftiger Wohnungsneubau- und Sanierungsvorhaben darauf Einfluss zu nehmen, dass gemischte Wohnquartiere entstehen, die das Mehrgenerationenwohnen fördern.</p> |
| Woh7 | <i>Initiativantrag Distriktsvorstand Altona Altstadt</i> | Wohnraum schaffen, sozialen Wohnungsbau fördern | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der LPT möge beschließen:</p> <p>1) Der Landesparteitag fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Abschreibung (AfA) für neu gebaute Wohnungen von 2 % auf 4 % erhöht wird - dies jedoch nur für Wohnungen, die durch die in den Ländern bestehenden Förderbanken, in Hamburg die IFB (ehemalige Wohnungsbaukreditanstalt), finanziert werden. Ebenso sollen Bauvorhaben von</p> |

| | | | |
|--------|----------------------------------|--|---|
| | | | <p>dieser Regelung profitieren, für die der Bauherr mit der Gemeinde bzw. dem jeweiligen Bundesland einen städtebaulichen Vertrag schließt, nach dem für einen Zeitraum von 15 Jahren maximal EUR 10,00/m² kalt pro Monat Miete gezahlt wird. Diese erhöhte Abschreibung sollte also nur für Wohnungen, die eben entweder gefördert oder vereinbarungsgemäß eine gedeckelte Miete erlauben, eingeräumt werden.</p> <p>2) Der Landesparteitag fordert den Senat auf, die Förderbedingungen der Investitions- und Förderbank (IFB) für Investoren im sozialen Wohnungsbau zu verbessern- und zwar:</p> <p>a) Aktuell ist für die dort herausgelegten Darlehen eine jährliche Tilgung von 2 % zu leisten. Der Tilgungssatz sollte auf 1 % reduziert werden.</p> <p>b) Der von der IFB gezahlte Mietzuschuss wird um EUR 0,30/m² und Monat erhöht und die von den Mietern zu tragende Miete um EUR 0,20/m² erhöht.</p> |
| Wi/Fi1 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Festsetzung gesetzlicher Zinssatz | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass</p> <p>a) der gesetzliche Zinssatz in ein Verhältnis zu dem Basiszinssatz nach §247 BGB gesetzt wird und</p> <p>b) ein Expertengremium eingesetzt wird, welches sich mit der Festsetzung des gesetzlichen Zinssatzes beschäftigt.</p> |
| Wi/Fi2 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Mehrwertsteuer senken – Diskriminierung beenden! | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> |

| | | | |
|--------|---|--|--|
| | | | Der Parteivorstand möge beschließen, eine Senkung der Mehrwertsteuer für Damenhygieneartikel auf mindestens 7 Prozent auf die Tagesordnung zu setzen und diese in Fraktion und Bundestag durchzusetzen um die systematische Diskriminierung von Frauen zu beseitigen und eine tatsächliche Entlastung der unteren Einkommen herbeizuführen. |
| Wi/Fi3 | <i>Vorstand AsF LO AsF Altona / Initiativantrag</i> | Mehrwertsteuer senken - Diskriminierung beenden! | Erledigt durch Annahme von Wi/Fi 2 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung beschließen: Eine Senkung der Mehrwertsteuer für Damenhygieneartikel auf mindestens 7 Prozent auf die Tagesordnung zu setzen und diese in Fraktion und Bundestag durchzusetzen um die systematische Diskriminierung von Frauen zu beseitigen und eine tatsächliche Entlastung der unteren Einkommen herbeizuführen. |
| Wi/Fi4 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Steuerrechtliche Anerkennung von eSports als gemeinnützig | (Annahme in geänderter Fassung): Anerkennung von eSports als gemeinnützig Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD Hamburg setzt sich für die steuerrechtliche Anerkennung des eSports im Verein als gemeinnützig ein. (§52 (2) Abgabenordnung von eSports). |
| Wi/Fi5 | <i>Kreis II Altona</i> | Die teuerste politische Entscheidung: Verkauf der HSH Nordbank | (Annahme in geänderter Fassung): Der Landesparteitag fordert Senat und SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, weiterhin auch öffentlich und in der Bürgerschaft umfassend über das Verfahren zum Verkauf der HSH-Nordbank und die nächsten Schritte zu informieren. Insbesondere soll der Kaufvertrag – sofern es rechtlich möglich ist – in das Transparenzregister eingestellt werden. |
| Wi/Fi6 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Stärkung der Genossenschaften | (Annahme in geänderter Fassung): |

| | | | |
|--------|----------------------------------|---|---|
| | | | <p>zur Weiterleitung an den Landesparteitag und im Weiteren an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass die im Koalitionsabkommen angekündigte „Stärkung der Genossenschaften“ durch eine Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder, wie z.B. die Möglichkeit bei Wahlen immer einzelne Kandidaten und nicht nur eine (feste) Liste zu wählen, niedrige Quoren bei der notwendigen Unterstützeranzahl für Kandidaturen, die Möglichkeit der Briefwahl und Mitgliedertreffen zur Vernetzung umgesetzt wird.</p> |
| U/N/T1 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Doppelvermarktungsverbot für Ökostrom aufheben | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>§ 80 (2) EEG soll dahin geändert werden, dass Anlagenbetreiber*innen, die eine Zahlung nach § 19 oder § 50 EEG für Strom aus erneuerbaren Energien erhalten, Herkunftsnachweise oder sonstige Nachweise, die die Herkunft des Stroms belegen, für diesen Strom weitergeben dürfen.</p> |
| U/N/T2 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Sozialverträglichen Kohleausstieg festschreiben | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen,</p> <p>der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>(1) Die Bundesregierung wird aufgefordert noch in 2019 für Deutschland einen verbindlichen, gesetzlich verankerten, sozialverträglichen Ausstiegsfahrplan aus der Energiegewinnung aus Braunkohle und Steinkohle für das kommende Jahrzehnt vorzulegen. Dieser soll den betroffenen Regionen, Gemeinden, Arbeitnehmern und Unternehmen eine verlässliche Planungsgrundlage für den schrittweisen Ausstieg garantiert.</p> |

| | | | |
|--------|---------------------------|---|---|
| | | | <p>(2) Die SPD setzt sich dafür ein, dass der bestehende "Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung" (EGF), auch auf Kohleregionen ausgeweitet wird, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen.</p> <p>(3) Die SPD unterstützt den von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vorgestellten Sozialplan-Finanzierungsvorschlag für die Umsetzung des deutschen Kohlekonsenses. Die Finanzierung der Sozialpläne soll über die Einnahmen aus den Auktionen der CO2-Zertifikate (ETS-Zertifikate) erfolgen.</p> |
| U/N/T3 | Arbeitsgemeinschaft Jusos | EUETS (European Union Emission Trading System) jetzt reformieren! | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Für eine kohärente Strategie zur Reduzierung der CO2-Emissionen</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Abgeordneten der SPD werden aufgefordert, sich auf der Bundesebene und in der Europäischen Union für eine Evaluation des bestehenden EU Emission Trading System (EUETS) unter Berücksichtigung der nationalen und internationalen Erfahrungen aus den Phasen I – III mit den folgenden Zielen einzusetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Einbeziehung aller emissionsintensiven Lebensbereiche (z. B. der Tierhaltung); 2) Einer umweltgerechten Reduzierung der CO2-Zertifikate. <p>Im Sinne einer kohärenten Strategie zur nachhaltigen Reduzierung der CO2-Emissionen sollen die Wirkweise des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch Subventionen überprüft sowie die Aufklärung über CO2-schonende Verhaltensweisen gestärkt werden.</p> |

| | | | |
|--------|----------------------------------|---|---|
| U/N/T4 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Nachrüstung von Dieselfahrzeugen zur Verbesserung der Luftqualität in deutschen Großstädten | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Alle Autohersteller, welche Dieselfahrzeuge der Emissionsklassen Euro 4, 5 und 6 in Deutschland verkauft haben, müssen bis Ende 2019 alle verkauften Diesel-PKW mit SCR-Systemen (selective catalytic reduction) nachrüsten. Die Nachrüstung darf keinen Leistungsverlust zur Folge haben bzw. muss angemessen entschädigt werden. Nach der Nachrüstung müssen alle diese Fahrzeuge den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwert für Stickoxide der Emissionsklasse Euro 6d im realen Betrieb einhalten. Die Kosten sind alleinig von den Autoherstellern zu tragen. Ausgenommen sind jene Fahrzeuge, welche die damals geltenden Grenzwerte im realen Betrieb eingehalten haben.</p> |
| U/N/T5 | <i>Kreis VII Harburg</i> | Atomnutzung | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Wir fordern den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, zeitnah zu prüfen, wie der Transport von Uranprodukten für die Anreicherung und Herstellung von Brennelementen sowie von angereichertem Uran und von Brennelementen für den Export durch das Stadtgebiet untersagt werden kann. Zudem sich im Bund für die Schließung der Brennelementfertigungsanlagen Lingen (Niedersachsen) und der Urananreicherungsanlage Gronau (Nordrhein-Westfalen) einzusetzen.</p> |
| U/N/T6 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir fordern eine allgemeine Deklarationspflicht von Mikroplastik in Kosmetikprodukten in Deutschland sowie der EU und die Ausweitung der Maßnahmen zu einem allgemeinen Verbot von Mikroplastik.</p> |
| U/N/T7 | <i>Arbeitsgemeinschaft</i> | Verbot der Einfuhr privater Jagdtrophäen geschützter Tierarten | erledigt durch Annahme von U/N/T 8 |

| | | | |
|--------|----------------------------------|---|---|
| | <i>Jusos</i> | | <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Tierarten ohne Ausnahmen zu verbieten. 2. Die SPD setzt sich für ein EU-weites Einfuhrverbot von Jagdtrophäen geschützter Tierarten ein. 3. Bis zur rechtlichen Umsetzung sollen die MitarbeiterInnen* des Bundesamts für Naturschutz angewiesen werden, vorhandene Rechtsgrundlagen und jegliche Auslegungsspielräume übergangsweise zu nutzen, um Einfuhren weitestgehend zu verhindern. |
| U/N/T8 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Einfuhrverbot privater Jagdtrophäen geschützter Tierarten | <p>(Angenommen)</p> <p>zur Weiterleitung an den Landesparteitag und im Weiteren an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass EU-weit wie national die Einfuhr von Jagdtrophäen geschützter Tierarten für den persönlichen Gebrauch verboten und streng kontrolliert wird.</p> |
| Ges1 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | SMS, wenn Blutspende Leben rettet | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Nach einer Blutspende sollen die SpenderInnen – wenn gewünscht - eine Dankes-SMS bekommen, sobald ihr Blut ein Leben retten konnte.</p> |
| Ges2 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Verbesserung der medizinischen Versorgung in Hamburg | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Die SPD Hamburg wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Untersuchung des Bedarfs von Allgemeinmedizinische und Facharztpraxen |

| | | | |
|------|---|--|--|
| | | | <p>innerhalb der Stadtteile und Ortsteile sowie der Vergleich mit den aktuellen Zahlen stattfindet</p> <p>2. Die Verteilung von Allgemeinmedizinische und Facharztpraxen durch die Kassenärztliche Vereinigung kleinräumiger, also stadtteilbezogen erfolgt.</p> <p>3. Die bedarfsgerechte, der sozialen Belastung entsprechende, Verteilung von Allgemeinmedizinische und Facharztpraxen innerhalb der Städte aktiv gefördert wird.</p> |
| Ges3 | <i>Kreis V Wandsbek</i> | Einführung eines kostenlosen Frühstücks in Schulen und Kitas in ganz Deutschland für alle Kinder | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten es für erforderlich, dass alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Grundschulzeit in unserer Gesellschaft zur Wahrung ihrer gleichen Bildungschancen jeden Morgen bis spätestens 10 Uhr ein gesundes Frühstück bekommen.</p> <p>Alle Kinder sollen bis zum Ende der Grundschule in Bildungseinrichtungen die Möglichkeit bekommen, ein Frühstück zu erhalten. Die dafür erforderlichen sachlichen und finanziellen Mittel zugunsten der betroffenen Bildungseinrichtungen muss der Staat bereitstellen, im Zweifel müssen Mittel für soziale Brennpunktgebiete von den Bundesländern oder Kommunen bereit gestellt werden. Bei der Umsetzung sollen schon bestehende Initiativen einbezogen werden. Bereits funktionierende Strukturen bleiben erhalten und werden unterstützt.</p> |
| Ges4 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> <i>AsF</i> | Frauen wohnortnah mit Hebammenhilfe versorgen | <p>(Angenommen)</p> <p>Frauen wohnortnah mit Hebammenhilfe versorgen</p> <p>zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> |

| | | | |
|-------|---|--|---|
| | | | <p>Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass Frauen wohnortnah mit Hebammenhilfe versorgt werden können und die freie Wahl des Ortes der Geburt gewährleistet bleibt.</p> <p>Wir fordern dafür konkret:</p> <ul style="list-style-type: none"> - einen gesetzlichen Sicherstellungsauftrag der Hebammenhilfe - mittelfristig eine Anhebung der Hebammenvergütung und - eine politische Lösung des Haftungsproblems und den damit einhergehenden sprunghaften Steigerungen der Haftpflichtprämien für Hebammen. |
| Verk1 | <i>AG 60plus</i> | Nutzung HVV-Seniorenkarte vor 09.00 Uhr nutzen | <p>(Vertagung)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir bitten die Bürgerschaft, die erforderlichen Schritte einzuleiten um die Gültigkeit der Seniorenkarte auf den vollen Zeitraum (rund um die Uhr) zu erweitern.</p> |
| Verk2 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Sicherheit im Straßenverkehr | <p>(Angenommen)</p> <p>zur Weiterleitung an den Landesparteitag und im Weiteren an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr setzt sich die SPD dafür ein, dass Fahrzeuge beim Betrieb im Straßenverkehr zukünftig zu jeder Tageszeit die vorgeschriebenen Beleuchtungseinrichtungen (Abblendlicht) einzuschalten haben.</p> |
| Verk3 | <i>Initiativantrag Distriktsvorstand Altona Nord - Sternschanze</i> | Herstellung eines zweiten baulichen Eingangs (Ostseite) am S-Bahnhof Holstenstraße | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Prüfung eines zweiten baulichen Eingangs (Ostseite) am S-Bahnhof Holstenstraße</p> |

| | | | |
|-------|---|---|---|
| | | | <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, den Senat kurzfristig prüfen zu lassen, wie ein zweiter Eingang am S-Bahnhof Holstenstraße geschaffen werden kann. Dafür sollen Gespräche mit der Deutschen Bahn und S-Bahn-Hamburg geführt werden. Der zweite Zugang sollte möglichst barrierefrei sein.</p> |
| Verk4 | <p><i>Initiativantrag</i> <i>Distriktsvorstand Altona</i> <i>Altstadt</i></p> | <p>Barrierefreiheit beim S-Bahnhof Königstraße endlich starten – Planungen von Schulbau Hamburg vor Ort beschleunigen</p> | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Planungen von Schulbau Hamburg für Gymnasium am Struenseeweg beschleunigen, damit Barrierefreiheit beim S-Bahnhof Königstraße endlich starten kann</p> <p>Der LPT möge beschließen:</p> <p>Der Senat wird gebeten bis Januar 2019 zu prüfen, ob</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schulbau Hamburg dazu angehalten werden, die Planungen für die Schulerweiterung und Sanierung am Standort des künftigen deutsch-französischen Gymnasiums am Struenseeweg voranzutreiben, da diese im vergangenen Jahr verhinderten, dass die Deutsche Bahn mit den Planungen zum barrierefreien Umbau überhaupt begonnen hat. 2. anschließend bei der Deutschen Bahn und der S-Bahn Hamburg die Planung für den barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofs Königstraße baldestmöglich begonnen wird, damit die Realisierung wie geplant 2021 umgesetzt wird. |
| Verk5 | <p><i>Initiativantrag</i> <i>Distriktsvorstand Altona</i> <i>Altstadt</i></p> | <p>Lesbarere Beschilderung an den Säulen des Citytunnels</p> | <p>(Abgelehnt)</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Senat auf, bei der Deutschen Bahn auf eine für sehbehinderte Menschen geeignete Überarbeitung der Schriftzüge der Bahnhofsnamen auf den o.g. Säulenverkleidungen bei den Bahnhöfen im Citytunnel hinzuwirken.</p> |

| | | | |
|--------|--|---|---|
| G11 | <i>Initiativantrag Distriktsvorstand Altona Altstadt</i> | Das Recht auf Wahlen für Menschen mit Behinderungen erleichtern und unterstützen – Barrierefreie Wahllokale ausbauen! | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der LPT möge beschließen:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) sicherzustellen, dass barrierefreie Wahllokale in ausreichender Anzahl im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung gestellt werden, 2.) zu gewährleisten, dass bei der Wahlbenachrichtigung mit angegeben wird, wo das nächste barrierefreie Wahllokal zu finden ist, 3.) zu prüfen, inwieweit durch temporäre Maßnahmen (beispielsweise Nutzung portabler Stufenrampen) am Wahltag die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Wahllokalen, verbessert werden kann, 4.) zu den Bezirksversammlungs- und Europawahlen eine Broschüre in leichter Sprache anzufertigen, die über den Wahlablauf informiert sowie 5.) sich dafür einzusetzen, dass bei der Bundestagswahl in den Wahllokalen notwendige Hilfsmittel wie eine Stimmzettelschablone bereitgestellt werden sowie 6.) dass das zuständige Landeswahlamt bei den Wahlvorbereitungen die Expertise der entsprechenden Interessenverbände für behinderte Menschen einbezieht, um deren Sachverstand in die Erfüllung dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe einzubeziehen. |
| Verbr1 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Einführung eines Verzehrbarkeitsdatums bei Lebensmitteln | <p>(Angenommen)</p> <p>zur Weiterleitung an den Bundesparteitag:</p> <p>Gefordert wird die Einführung eines Verzehrbarkeitsdatums zusätzlich zum Mindesthaltbarkeitsdatum bei Lebensmitteln. Einhergehend mit der Einführung</p> |

| | | | |
|--------|---------------------------|--|---|
| | | | <p>eines Verzehrbareitsdatums fordern wir eine Aufklärungskampagne, was genau das MHD und Verzehrbareitsdatum aussagen.</p> <p>Das Verzehrbareitsdatum soll aussagen bis wann das Lebensmittel voraussichtlich verzehrbar und nicht gesundheitsschädlich ist. Der Inverkehrbringer haftet nur bis zum Ablauf des MHDs.</p> |
| Verbr2 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Lebensmittelverschwendung entgegnetreten | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Wegwerfen von Lebensmitteln reduzieren</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Bundesparteitag auf zu beschließen:</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion und die Minister der SPD werden aufgefordert, die Einführung einer Regelung nach französischem Vorbild zu prüfen, nach welcher Supermärkte ab einer Fläche von 400 qm Nutzfläche verpflichtet sind, noch genießbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, an Wohltätigkeitsorganisationen zu spenden.</p> <p>Bei Einführung einer solchen Regelung ist sicherzustellen, dass die Wohltätigkeitsorganisationen in der Lage sind, die Verteilung an bedürftige Menschen organisatorisch zu gewährleisten. Ist das Weitergeben von Lebensmittel an die Wohltätigkeitsorganisationen nicht möglich, sollen sie kompostiert oder zu ähnlichen Zwecken verwendet werden.</p> |
| Verbr3 | <i>Kreis V Wandsbek</i> | Lebensmittelampel in Deutschland | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns für die Einführung einer Lebensmittelampel in Deutschland einsetzen.</p> <p>Wir fordern, dass der Bundestag die Lebensmittelampel für industriell erzeugte Lebensmittel einführt.</p> |

| | | | |
|--------|----------------------------------|---|--|
| Kul1 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Einführung eintrittsfreier Tag in staatlichen Museen in Hamburg | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Senatoren der SPD werden aufgefordert, einen eintrittsfreien Tag in den staatlichen Museen in Hamburg zu einführen, und zwar einmal im Monat an einem Wochenendtag.</p> |
| Kul2 | <i>Kreis V Wandsbek</i> | Unterstützung des Deutschen Humanistentages in Hamburg 2019 | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag begrüßt die Durchführung des „Deutschen Humanistentages 2019“ unter dem Motto „Humanisten für Menschenrechte und Toleranz“ und bittet die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu prüfen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es für diese Veranstaltungen gibt.</p> |
| Recht1 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Für eine verantwortungsvolle Kehrtwende in der Cannabis-Politik | <p>(Vertagung; ggf. Vorlage in Neufassung)</p> <p>vertagter Antrag LPT 18.11.2017</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir fordern eine umfassende Legalisierung von Cannabis unter der Maßgabe, dass der Verkauf staatlich lizenzierten Stellen vorbehalten ist und eine Abgabe nicht an unter 21-Jährige erfolgen darf. Die Einsparungen auf dem Gebiet der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung sowie künftige Steuereinnahmen sollen in die Drogenprävention und Suchthilfe investiert werden. Des Weiteren soll eine bundesweite Aufklärungskampagne zum Cannabis-Konsum und der möglichen gesundheitlichen Folgen durchgeführt werden.</p> <p>Begründung:</p> |

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <p><u>1. Die Verbotspolitik ist gescheitert</u></p> <p>Das Verbot von Cannabis in Deutschland ist nicht geeignet, den Konsum zu unterbinden. Nach offiziellen Schätzungen haben mindestens 13 Millionen BundesbürgerInnen in ihrem Leben bereits Cannabis konsumiert, davon, 8 Millionen im vergangenen Jahr. Die Zahlen belegen: Wer in Deutschland an Cannabis kommen möchte, kommt auch an Cannabis. Und das quer durch alle Gesellschafts- und Altersschichten. Da der Besitz geringer Mengen (Grenzwert je nach Bundesland zwischen 6-15g) nicht verfolgt wird, stellt der Erwerb für Konsumenten in der Regel kein rechtliches Risiko dar.</p> <p><u>2. Der status quo nutzt nur einer Gruppe: den kriminellen Dealern</u></p> <p>Unter der Prohibition leiden auf der einen Seite die Konsumenten: da der Markt für Cannabis zwar riesig, auf Grund der Verbotspolitik aber völlig dereguliert ist, gibt es keine Qualitätsstandards, keine Angaben zum Wirkstoffgehalt, kein Reinheitsgebot. Auf der anderen Seite verschlingt die aktuelle Rechtslage erhebliche Ressourcen auf Seiten des Staates, der Personal und Kosten aufwenden muss, um Konsumenten der Strafverfolgung auszusetzen, die mit ihrem Verhalten allenfalls sich selbst schaden. So wurden seit 2001 jährlich mehr als 100.000 Cannabisdelikte im konsumnahen Bereich registriert, allein im Jahr 2012 erfasste das Bundeskriminalamt 134.739 Verfahren im Zusammenhang mit Anbau, Besitz und Handel von Cannabis und Cannabisprodukten. Bereits heute werden 95% dieser Verfahren als Bagatelldelikte eingestellt. Zu den Profiteuren der derzeitigen Cannabispolitik gehört damit die Gruppe der Dealer. Zu überhöhten Preisen können sie unreine, gestreckte und damit unter Umständen besonders gesundheitsschädliche Produkte verkaufen und machen dabei, ohne auch nur einen Cent Steuern zu bezahlen, Millionenumsätze. Eine Politik deren einziger Profiteur eine Gruppe von Kriminellen ist, darf unter keinen Umständen fortgeführt werden</p> <p><u>3. Wirksamer Jugend- und Verbraucherschutz nur mit einer Legalisierung</u></p> |
|--|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|---|
| | | | <p>Da sich die Dealer ohnehin außerhalb des Gesetzes bewegen, scheuen sie sich auch nicht, ihre Drogen an Minderjährige zu verkaufen. Jugendliche kommen mitunter leichter an Cannabis, als an Alkohol, da im Supermarkt eine Alterskontrolle durchgeführt wird. Ein legaler Verkauf von Cannabis an staatlich lizenzierten Stellen kann dagegen einen wirksameren Jugendschutz gewährleisten: Händler, die dennoch Cannabis an Jugendliche verkaufen, müssten den Verlust ihrer Konzession fürchten. Auch der Verbraucherschutz würde von einer Legalisierung profitieren: Ein staatliches Reinheitsgebot für Cannabis würde endlich die Schwemme qualitativ minderwertigen Cannabis´ auf dem deutschen Markt beenden. Verbraucher könnten in Zukunft Schadensersatzansprüche gegen ihre Händler geltend machen, wenn diese mangelhafte Ware verkaufen. Verpflichtende Kennzeichnungen der Inhaltsstoffe würden Verbrauchern die Auswahl erleichtern und zu einem bewussten Konsum anregen. Durch Bewertungsportale hätten die Händler sogar einen Anreiz, möglichst guten Stoff zu verkaufen, um Kunden zu binden.</p> <p><u>4. Medizinische Nutzung endlich effektiv ermöglichen</u></p> <p>In Deutschland ist Cannabis unter sehr strengen Voraussetzungen ein verschreibungsfähiges Arzneimittel. Cannabis wirkt schmerz- und krampflindernd und kann vielen Patienten große Leiden ersparen. In der Praxis ist es für viele Patienten jedoch mit enormem Aufwand verbunden, eine Genehmigung für den legalen Konsum zu erhalten: So hatte ein unter Multipler Sklerose leidender Patient 2011 erfolgreich vor dem Verwaltungsgericht Köln erstritten, dass er sich für den Eigenbedarf Cannabis anbauen darf, um seine Schmerzen zu lindern. Der Rechtsstreit wurde erst 2016 rechtskräftig vom Bundesverwaltungsgericht zugunsten des Klägers entschieden, nachdem die Bundesregierung beharrlich versucht hatte, die Genehmigung zu verhindern. Derartige bürokratische Hürden und Widerstände sind für die betroffenen Patienten unwürdig und drängen sie in die Illegalität. Zwar hat die Bundesregierung mittlerweile einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der Schwerkranken, für die es keine Therapie-Alternative gibt, die Möglichkeit verschafft, Cannabis verschrieben zu bekommen., doch bleibt</p> |
|--|--|--|---|

| | | | |
|--------|-----------------------------|--|--|
| | | | <p>fraglich, wie hoch in Zukunft der bürokratische Aufwand für Patienten mit Schmerzen sein wird, um an das schmerzlindernde Cannabis zu kommen. Die Legalisierung bleibt auch im Bereich der medizinischen Nutzung die unkomplizierteste und wirksamste Maßnahme, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.</p> <p><u>5. Ausbau der Präventionsarbeit aus Steuergeldern</u></p> <p>Durch die Legalisierung von Cannabis können Gelder im Bereich der Strafverfolgung eingespart und Steuereinnahmen generiert werden. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass diese Mehreinnahmen in die Präventions- und Suchtarbeit investiert werden, um Suchtkranken zu helfen und insbesondere Jugendliche besser über die Risiken von Cannabis aufzuklären.</p> <p><u>6. Kontrollierter Eigenanbau mit Hilfe von staatlich vergebenen Lizenzen</u></p> <p>Wir setzen uns für einen kontrollierten Eigenanbau von Cannabis, unter der Maßgabe von staatlich vergebenen Lizenzen, ein. Diese Lizenzen sollen sowohl von Privatpersonen, zum Anbau für den Eigenbedarf, als auch von Unternehmen, für den Anbau für kommerzielle Zwecke, erworben werden können. Ein Schwarzmarkt, der sonst ohne staatliche Kontrolle und Besteuerung neben dem legalen Markt existieren könnte, kann so eingedämmt werden. Weiterhin fordern wir, dass die Einnahmen aus der Lizenzvergabe in Präventionsarbeit und Suchthilfe investiert werden.</p> |
| Recht2 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Entkriminalisierung von Prostitution fortführen - Streichung des § 184f StGB und Ersetzung durch Ordnungswidrigkeitstatbestand | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Die SPD setzt sich dafür ein, § 184f StGB zu streichen und durch einen neuen Ordnungswidrigkeitstatbestand zu ersetzen.</p> |

| | | | |
|--------|---|-------------------------------|--|
| Recht3 | <i>Kreis III Eimsbüttel</i> | Einschränkungen von Feuerwerk | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Senat wird aufgefordert zu prüfen,</p> <p>1. ob und ggf. wie eine Informationskampagne über die Folgen von Feuerwerk für Mensch, Tiere und Umwelt durchgeführt werden kann.</p> <p>2. Inwieweit es geboten und sinnvoll erscheint, in besonders kritischen Bereichen der Innenstadt (z.B. Jungfernstieg) der Umgang mit Feuerwerk untersagt werden kann. Ggf. soll es nur angemeldete oder von der Stadt organisierte Feuerwerke geben. Diese Bereiche sollen dementsprechend auch abgesperrt und kontrolliert werden.</p> <p>3. nach 5 Jahren sollten die Entwicklungen der Umweltverschmutzung, die Körperverletzungen an Silvester und Gesetzesverstöße im Hinblick auf Feuerwerk außerhalb der genehmigten Zeiten ausgewertet werden und falls keine Verbesserungen festgestellt werden können, der Verkauf von Feuerwerkskörpern auf den 31.12. beschränkt werden.</p> |
| Recht4 | <i>Vorstand AsF LO AsF Altona / Initiativantrag</i> | Geschlechterparität | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen, den Senat aufzufordern zu prüfen, ob nachfolgende Gesetzgebung verfassungskonform wäre und welche rechtlichen Konsequenzen sich aus einer Nichtbeachtung einer derartigen Soll-Vorschrift ergäben:</p> <p>Das Gesetz zur Wahl der Bezirksversammlung sowie das Wahlgesetz zur Hamburgischen Bürgerschaft in § 5 BezVWG sowie § 25 BüWG sollen um den folgenden Absatz zur Geschlechterparität ergänzt werden:</p> <p>„Frauen und Männer sollen gleichmäßig repräsentiert sein (Geschlechterparität).</p> |

| | | | |
|--------|--|--|--|
| | | | Bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sind die Parteien und die Wählervereinigungen aufgefordert, Geschlechterparität durchzusetzen“. |
| Recht5 | <i>Initiativantrag Distriktsvorstand Lurup</i> | Verbot von Werbung für Sportwetten und Glückspiel im Internet und Fernsehen! | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Die SPD setzt sich für ein ausnahmsloses Werbeverbot für Sportwetten im Internet und Fernsehen ein und dafür, dass geeignete Maßnahmen getroffen werden, um im Bereich des öffentlichen Glückspiels die Umgehung von Werbeverboten durch Vorschaltung von Domains mit unentgeltlichen Inhalten effektiv einzudämmen.</p> |
| Recht6 | <i>Kreis II Altona</i> | Wahlrecht für alle Menschen unter Vollbetreuung! | <p>(Erledigt)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, das Wahlrecht für Bürgerschaft und Bezirksversammlungen so zu ändern, dass künftig kein automatischer Wahlrechtsausschluss für Menschen unter Vollbetreuung mehr stattfindet.</p> |
| Recht7 | <i>Kreis II Altona</i> | Rechtsicherheit herstellen – Staatshaftungsrecht einführen | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Rechtsicherheit herstellen – Staatshaftungsrecht einführen</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Regierung wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf für ein Staatshaftungsrecht zu entwerfen und in den Bundestag einzubringen.</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in der Abstimmung über den Gesetzesentwurf des Staatshaftungsrechtes dafür zu stimmen.</p> |

| | | | |
|--------|------------------------------|-----------------------------|---|
| Innen1 | Arbeitsgemeinschaft Jusos | Innenpolitik neu ausrichten | <p>(Vertagung)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p><u>I. Umsetzung der Kennzeichnungspflicht sicherstellen</u></p> <p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Innensenator müssen die im Koalitionsvertrag beschlossene Umsetzung einer Variante der Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizist*innen in geschlossenen Einheiten, durch rotierende Nummern, sicherstellen.</p> <p>a. Es ist ein Konzept zur Umsetzung dieser innerhalb dieser Legislatur zu erarbeiten. Bereits im November 2017 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Bundesrepublik für die bestehende Rechtslage (keine Kennzeichnung in vielen Ländern) gerügt.</p> <p><u>II. Versammlungsrecht Hamburg</u></p> <p>Ein Hamburgisches Versammlungsrecht zu erarbeiten bietet eine Chance mehr Raum für Deeskalation zu schaffen. Als Grundlage dafür sollte der Musterentwurf für ein Landesversammlungsgesetz von u.a. Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem (Justizsenator a.D.) und die bisherige Arbeit des AK Versammlungsrecht dienen. In das Gesetzgebungsverfahren sollen folgende Punkte einfließen:</p> <p>a. Der Vorschlag Boris Pistorius' (Innenminister Niedersachsen) zur Umwandlung des Vermummungsverbots von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit sollte geprüft werden: So sind diese in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Ordnungswidrigkeiten, die im Gegensatz zu Straftaten nicht zwingend geahndet werden müssen. Das gibt der Polizei mehr Handlungsspielraum, sodass diese ggf. Eskalationen vermeiden kann. Bagatellisiert wird das Vermummen dadurch nicht: je nach Umstand soll in Hamburg ein Bußgeld von bis zu 6.000 Euro gesetzlich</p> |
|--------|------------------------------|-----------------------------|---|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <p>festgelegt werden.</p> <p>b. Im Zuge der Regulierung muss die Übertragung der Zuständigkeit für Versammlungen von der Polizei auf die Innenbehörde geprüft werden. Durch die Trennung von Anmeldung und Sicherstellung des Versammlungsrechts, wie in zahlreichen Bundesländern üblich, ist eine bessere Kontrolle im Sinne von Checks and Balance zwischen den beiden Behörden möglich.</p> <p>c. Die Versammlungsbehörde hat eine neutrale, staatliche Demonstrationsbeobachtung und die Dokumentation von Unregelmäßigkeiten sicherzustellen.</p> <p>III. <u>Offene Polizeiführung und Hamburger Linie</u></p> <p>Die polizeiliche Einsatzplanung für Großveranstaltungen muss nach den Erfahrungen des letzten Jahres grundlegend überarbeitet werden. Die umstrittene Hamburger Linie muss auf ihre Vereinbarkeit mit einer demonstrationsfreundlichen und deeskalativen Polizeiarbeit überprüft werden. Es ist wesentlich, dass die Einsatzkräfte über angemessene Handlungsspielräume verfügen, damit diese gleichermaßen Sicherheit und Bürger*innenrechte garantieren können.</p> <p>a. Leitbild einer solchen offenen Polizeiführung sollten die <i>vier Prinzipien der ausgestreckten Hand</i> sein: 1) der Grundsatz „So wenig polizeiliche Intervention wie möglich, so viel konsequentes Durchgreifen gegen Gewalt wie nötig“, 2) das Ziel beweissicherer Festnahmen bei Zugriffen, 3) die Stärkung von Prävention und Kommunikation in der Polizeiarbeit, und 4) eine umfassende Qualifizierung und Modernisierung der Polizei.</p> <p>b. Die Neuausrichtung der polizeilichen Einsatzplanung muss durch strukturelle Anpassungen gestützt werden; insbesondere in der Polizeiausbildung, den Arbeits- und Einsatzbedingungen der Polizist*innen, im</p> |
|--|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|---|
| | | | <p>versammlungsrechtlichen Rahmen und in der Gewichtung der Wahl polizeilicher Einsatzmittel (repressiv, präventiv). Erfordern diese strukturellen Anpassungen auch personelle Veränderungen, sind diese entsprechend durchzuführen.</p> <p><i>IV. <u>Bedingungen für Polizist*innen verbessern</u></i></p> <p>Kern einer guten Polizeiarbeit sind eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen der Beamt*innen.</p> <p>a. Wir fordern eine Einheitsausbildung aller Sparten (z.B. Kripo, Wasserschutzpolizei). Im Anschluss führen alle ein Jahr zusammen Straßendienst. Erst danach erfolgt eine Spartenspezialisierung.</p> <p>b. Bei Großeinsätzen hat die Innenbehörde Sorge zu tragen, dass die Unterbringungsmöglichkeiten und Einsatzbedingungen der Polizist*innen deutlich verbessert werden. Hunderttausende geleistete Überstunden und Einsätze, die unter akutem Schlafmangel geleistet werden, tragen nicht zur Deeskalation bei.</p> <p>c. Es muss sichergestellt sein, dass im Zuge einer Verkürzung für vorqualifizierte Bewerber*innen (z.B. Soldat*innen) keine Kürzungen in den allgemeinbildenden Fächern (insbesondere Deutsch, Englisch und Politik/Verfassungsrecht), den Rechtsfächern und Lehreinheiten zur Kommunikation und Deeskalation erfolgt. Ein gleiches Niveau zur Regelausbildungszeit muss gewährleistet sein.</p> <p>d. Um unseren hohen Anforderungen an das Berufsbild der Polizist*innen gerecht zu werden, fordern wir einen Berufseinstieg in Laufbahnabschnitt II (Einstiegsamt A9). Es wird sichergestellt, dass auch Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung, durch eine Nachqualifizierung an der Polizeiakademie, eine Ausbildung bei der Polizei absolvieren können.</p> <p>e. Bei Großeinsätzen ist sicherzustellen, dass möglichst erfahrene Polizist*innen eingesetzt werden und Einsatzgruppen angemessen aus erfahrenen und</p> |
|--|--|--|---|

| | | | |
|------|---|--|--|
| | | | <p>unerfahrenen Polizist*innen gemischt sind.</p> <p>f. Polizeibeamt*innen erhalten Zulagen, die ihren Einsatz honorieren. Diese Zulagen müssen vollständig ruhegehaltstfähig sein.</p> <p>g. Ein wichtiges Beweismittel in Verfahren gegen mutmaßliche Straftäter*innen sind die schriftlichen Dokumentationen, wie bereits durch Dienstverordnung sichergestellt, der Beamt*innen im Einsatz. Diese Berichte müssen zeitnah nach Einsatzende erfolgen. Es liegt in der Verantwortung der Vorgesetzten dies sicherzustellen. Eine Einstandspflicht der Vorgesetzter für diese Dokumentationsobliegenheit muss durchgesetzt werden.</p> |
| Eur1 | <p><i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i></p> | <p>Mehr Europa wagen, EU handlungsfähiger gestalten!</p> | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD wird dazu aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass folgende Reformen innerhalb der Europäischen Union (EU) durchgesetzt werden:</p> <p>Demokratie in den europäischen Institutionen fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausstattung des Europäischen Parlaments mit einem echten Initiativrecht - Verlegung aller Aktivitäten des Europäischen Parlaments nach Brüssel - Schaffung transnationaler Listen für die Wahl zum Europäischen Parlament ab dem Jahr 2024, die die Unionsbürger*innen mit ihrer Zweitstimme wählen können - Direkte Wahl der europäischen Kommissar*innen durch das Europäische |

| | | | |
|------|---|---|---|
| | | | <p>Parlament</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verringerung der Anzahl der Generaldirektionen der Europäischen Kommission von 28 auf 14 - Erweiterung der Kompetenzen des Ausschuss der Regionen - Konsequente transparente Offenlegung von Verhandlungsmandaten, wie zum Beispiel bei den Verhandlungen von Freihandelsabkommen - Schaffung eines Lobby-Registers, dass für alle EU-Institutionen verpflichtend ist - Kompetenzerweiterung des Europäischen Gerichtshof, sodass dieser bei Verletzungen der EU-Verträge Sanktionen gegen die EU-Mitgliedstaaten verhängen kann <p>Bürgerbeteiligung stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reformierung der Europäischen Bürgerinitiative, um diese im Falle eines Erfolges für die EU-Institutionen verbindlicher zu machen - Entwicklung von flächendeckenden Beteiligungsformaten, bei denen die EU-Bürger*innen proaktiv in die europäische Entscheidungsfindung eingebunden werden. |
| Eur2 | <p><i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i></p> | <p>Export von Kleinwaffen stoppen – kriegsrische Konflikte in Drittländern nicht weiter unterstützen!</p> | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD Hamburg wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Export von Rüstungsgütern an Drittländer unterbunden wird. Mitgliedsstaaten der verschiedenen Kooperationsprogramme der NATO, in denen ein bewaffneter Konflikt weder unmittelbar bevorsteht noch zurückliegt, bleiben</p> |

| | | | |
|------|---|--|--|
| | | | <p>von dem Verbot unberührt. Außerdem muss vor einem Exportprogramm von Rüstungsgütern das Empfängerland die Einhaltung der Menschenrechte zweifelsfrei nachweisen. Exporte in oder an ein Land, welches sich in einem bewaffneten Konflikt befindet, sind im Rahmen von UN-, EU- oder NATO-Mandaten zu regeln.</p> |
| Eur3 | <p><i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i></p> | <p>Maßnahmen für eine besseren Transparenz bei Entscheidungen zu Rüstungsexportgenehmigungen</p> | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Wir fordern, dass die SPD Hamburg darauf hinwirken möge,</p> <p>1. dass der Deutsche Bundestag und der Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz verabschiede, welches Art. 26 Abs. 2 GG ändert zu:</p> <p><i>„Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. In bestimmten Fällen kann die Genehmigung von der Zustimmung durch den Bundestag abhängig gemacht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“</i></p> <p>2. dass der Bundestag ein Gesetz verabschiede, welches den Rüstungsexportrichtlinien vom Jahr 2000 weitestgehend entspricht (Rüstungsexportvergaberichtliniengesetz). Insbesondere sind die restriktiven Grundsätze für die Ausfuhren von Kriegswaffen in Nicht-EU-Staat und Staaten, welche nicht den verschiedenen Kooperationsprogrammen der NATO (Partnership for peace, Mittelmeerdialog, Istanbuler Kooperationsinitiative, Partners across the globe) angehören, aufrechtzuerhalten.</p> <p>3. dass der Bundestag ein Gesetz verabschiede, welches das Kriegswaffenkontrollgesetz dahingehend ändert, dass bei Kriegswaffenexporten in Nicht-EU-Staaten und Staaten, welche nicht den verschiedenen Kooperationsprogrammen der NATO (Partnership for peace, Mittelmeerdialog, Istanbuler Kooperationsinitiative, Partners across the globe) angehören –</p> |

| | | | |
|------|----------------------------------|--|--|
| | | | zusätzlich zur Genehmigung durch die Bundesregierung – auch der Bundestag seine Zustimmung zu den Exporten geben muss. |
| Eur4 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland stoppen | (Erledigt durch Annahme von Eur 2) Der Landesparteitag möge beschließen und dem Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorlegen, dass es keinen Export deutscher Waffen mehr geben soll. |
| Org1 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Die SPD Hamburg als Vorreiter bei der Verjüngung der Partei – konkrete Jugendquote einführen | (Abgelehnt) vertagter Antrag LPT 18.11.2017 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen, dass die SPD Hamburg eine konkrete Jugendquote umsetzt, die folgendes umfasst: Auf jedem fünften Listenplatz soll bei Wahlen der Bezirksversammlungen, der Bürgerschaft und der Bundestagswahl mindestens ein von den Jusos nominiertes Kandidat oder eine Kandidatin unter 35 Jahren stehen. In jeglichen Vorständen werden mindestens 20 Prozent der Plätze durch von den Jusos nominierte Personen unter 35 Jahre besetzt. Weiterhin setzt sich die SPD Hamburg dafür ein, dass eine konkrete Jugendquote auch auf Bundesebene der SPD implementiert wird, damit diese unter anderem bei der anstehenden Aufstellung der Bundesliste zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019 und künftigen Wahlen des SPD-Bundesparteivorstandes umgesetzt werden kann. |
| Org2 | | Distrikte politisch aufwerten! Direktes Antragsrecht beim Landesparteitag! | (Überweisung an LO / Arbeitsgruppe Satzung) |

| | | | |
|------|---------------------------|--|--|
| | | | <p>vertagter Antrag LPT 18.11.2017</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Sie Satzung der SPD Landesorganisation wird in §25 wie folgt geändert:</p> <p><i>(2) Antragsberechtigt sind die Kreise, der Landesvorstand der SPD und die Distrikte sowie die Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene und Arbeitskreise auf Landesebene.</i></p> <p><i>(3) Dabei ist es unerheblich, ob eine Mitgliederversammlung, ein Vorstand oder Parteitag (bzw. Delegiertenversammlung) den Antrag beschlossen hat. Die Vorstände sind kraft ihrer satzungsgemäßen Funktion und ihres Auftrags zur Stellung von Anträgen ermächtigt, sie können aber von einer Mitgliederversammlung oder Delegiertenversammlung geändert oder aufgehoben werden.</i></p> <p><i>(4) Anträge an den Landesparteitag sind mindestens 3 Wochen vor dem Landesparteitag einzureichen. Die fristgerecht eingebrachten Anträge sind den Delegierten zuzuleiten.</i></p> |
| Org3 | Arbeitsgemeinschaft Jusos | Einrichtung einer Online-Plattform als Teil der Parteistruktur der SPD | <p>(Überweisung an den Landesvorstand)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD Hamburg möge darauf hinwirken, dass die SPD auf Bundesebene eine Online-Plattform unter Berücksichtigung des nachfolgenden Konzept verwirklicht:</p> <p>Parallel zu den bestehenden örtlichen Parteistrukturen soll eine Online-Plattform die inhaltliche Arbeit innerhalb der SPD effektiver machen.</p> <p>I. Ziel</p> |

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <ul style="list-style-type: none"> - Mitgliedern eine zeitlich flexible und örtlich losgebundene Möglichkeit zu geben, eigene Projekte und Ideen einzubringen; - Mitglieder aus unterschiedlichen Ortsverbänden bundesweit zusammenzubringen, um ihre (ähnlichen) Ideen und Expertisen zu vereinen; - es für (junge) Neumitglieder unkomplizierter zu machen, sich alsbald nach Eintritt in die SPD/Jusos inhaltlich zu einer großen Auswahl von Themen einzubringen; - Projekt bezogene Arbeitsideen zu fördern; - es Nichtparteimitgliedern leichter zu machen, initiativ inhaltlich tätig zu werden; - die Integration von fachkompetenten Nichtmitgliedern (z.B. Verbänden, NGOs) in die inhaltliche Arbeit zu erleichtern. <p>II. Kernelemente für ein Konzept 1. Arbeitskreise</p> <p>Die Online-Plattform soll in Arbeitskreise aufgeteilt sein, die nach den herkömmlichen Politikbereichen benannt sind (Inneres und Sicherheit, Arbeit und Soziales, usw.). Die Arbeitskreise bieten ein Forum für Parteimitglieder und Nichtparteimitglieder, sich in vielfältiger Weise mit politischen Fragestellungen und Projekten zu befassen. Die Arbeitskreise bestimmen selbst, wie sie sich intern in weitere Kompetenzbereiche untergliedern möchten (etwa durch sog. „Unterforen“).</p> <p>Jeder Arbeitskreis hat je nach Größe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine(n) Geschäftsführer(in), |
|--|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <p>- in der Regel drei AK-Leiter(innen) und</p> <p>- bis zu sechs Mitarbeiter(innen).</p> <p>Aus den Leiter(innen) der Arbeitskreise formiert sich das Präsidium der Online-Plattform. Die technische Wartung und Weiterentwicklung übernimmt ein professionelles IT-Team.</p> <p>Die Leitung eines AKs auf der Online Plattform bedeutet eine verantwortungsvolle und einflussreiche Position innerhalb der Partei und ist regelmäßig demokratisch zu legitimieren (siehe noch unten).</p> <p>Die Qualität der Arbeit der jeweiligen Geschäftsführer(innen) der AKs stellt die Partei dadurch sicher, dass sie die Stellen als hauptamtliche Positionen für Parteimitglieder ausschreibt.</p> <p>2. Die Mitglieder</p> <p>Mitglieder der AK können Partei- und Nichtparteimitglieder werden. Die Nutzung ist kostenlos. In den Arbeitskreisen können sie – je nach dem zu bearbeitenden Themengebiet – online inhaltliche Parteiarbeit machen. Dazu gehört die Ausarbeitung von Problemstellungen ebenso wie die Ausarbeitung von Anträgen.</p> <p>Zweimal jährlich veranstaltet die Partei ein Event, das den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, sich persönlich zu treffen und Ideen (weiter-) zu entwickeln.</p> <p>3. Die AK-Leiter(innen)</p> <p>Die Leiter(innen) der Arbeitskreise haben im Verhältnis zu den Mitgliedern der Arbeitskreise die folgenden Verantwortungsbereiche:</p> |
|--|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <ul style="list-style-type: none"> - Sie begleiten die inhaltliche Arbeit der Mitglieder („ratgebende Funktion“) - Sie formulieren Themenvorschläge für eine inhaltliche Befassung durch die Mitglieder („Ausschreibungen“) - Sie formulieren halbjährlich eine Auswahl von Schwerpunktthemen, die basisdemokratisch von den Mitgliedern abgestimmt werden können. Die AK-Leitung übernimmt eine moderierende Funktion. - Sie treffen halbjährlich unter den ausgearbeiteten Anträgen eine Auswahl, die für eine nähere politische Befassung besonders geeignet sind. Aus dem Amt der AK-Leiter(innen) ergibt sich bei der Auswahl der Anträge die ausdrückliche Pflicht, persönliche politische Ansichten oder Interessen hintenanzustellen („Moderationsfunktion“). Die Entscheidung erfolgt nach dem Maßstab, ob der Antrag einen wichtigen Anstoß für eine politische Diskussion liefern kann. Indiz hierfür ist etwa ein aktueller Diskussionsprozess innerhalb der Partei und/oder in der Öffentlichkeit. - Sie formulieren ein inhaltliches Feedback zu den anderen Anträgen, die sie nicht für die Weiterleitung ausgewählt haben. <p>Über die Rechte und Pflichten der AK-Leiter wird in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand ein Konzept erstellt.</p> <p>Im Verhältnis zum Bundesparteitag haben die AK-Leiter(innen) die folgenden Rechte und Pflichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sie werden auf Vorschlag der Landesverbände auf dem Bundesparteitag gewählt. - Sie stellen ein Viertel der Mitglieder der Antragskommission auf dem Bundesparteitag. |
|--|--|--|--|

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | <p>- Sie sind antragsberechtigt auf dem Bundesparteitag.</p> <p>4. Die Geschäftsführer(innen) der AK</p> <p>Die Geschäftsführer(innen) der Arbeitskreise haben die folgenden Pflichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sie sind die ersten Ansprechpartner für die Mitglieder in den Arbeitskreisen. Sie erklären ihnen u.a. die Nutzung der Plattform. Für organisatorische Fragen sind sie der Ansprechpartner. - Sie sind dafür zuständig, die Mitglieder untereinander zu vernetzen (nach Themen- und Interessengebieten). - Sie koordinieren die Kommunikation zwischen Arbeitskreisleiter(innen) und Parteivorstand. - Sie stellen die notwendige Kommunikation mit der IT-Abteilung her, um die (technische) Funktionalität und Weiterentwicklung der Plattform sicherzustellen. - Sie erstellen jährliche Berichte über die inhaltliche Arbeit in den AKs. - Sie stellen sicher, dass (Nicht-)Mitglieder – neben der Arbeit auf der Online-Plattform – auch mit den lokalen Parteistrukturen in Kontakt kommen (z.B. Platzierung der Kontaktdaten der Ortsvereine und Veranstaltungshinweise der Partei auf den Benutzerkonten) - Sie organisieren gemeinsam die halbjährlichen Veranstaltungen, auf denen sich die Mitglieder der Plattformen persönlich treffen. <p>Die Geschäftsführer(innen) werden vom Präsidium der Online-Plattform aufgestellt und auf dem Bundesparteitag gewählt.</p> |
|--|--|--|--|

| | | | |
|------|----------------------------------|--|--|
| | | | <p>5. Professionelle Verwaltung der Online-Plattform</p> <p>Für die Wartung, Weiterentwicklung der Online-Plattform soll ein hauptamtliches IT-Team verantwortlich sein.</p> <p>III. Finanzierung</p> <p>Die Kosten für das Personal der Online-Plattform übernimmt die SPD. Es ist ein ausgewogenes und auf lange Sicht ausgerichtetes Finanzierungskonzept zu erstellen.</p> |
| Org4 | <i>Kreis VI Bergedorf</i> | Konsequenzen aus dem Mitgliedervotum | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Landesvorstand wird aufgefordert, die Erfahrungen des Mitgliedervotums auszuwerten und mögliche Konsequenzen daraus vorzuschlagen.</p> |
| Org5 | <i>Arbeitsgemeinschaft Jusos</i> | Geschlechtervielfalt auch in der SPD! | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>SPD-Mitglieder sollen bei ihrem Parteieintritt zwischen drei Kategorien wählen können.</p> |
| Org6 | <i>Kreis II Altona</i> | Mitgliederanträge ändern – Anerkennung der Dritten Option/ des Dritten Geschlechts | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Bundesparteitag möge beschließen: Die SPD wird in ihren Strukturen die Benachteiligung der Dritten Option/ des Dritten Geschlechts abbauen und darauf auch in allen Bereichen unserer Gesellschaft hinwirken.</p> <p>Der SPD-Bundesvorstand wird dazu als erstes prüfen, wie die SPD ihre Mitgliederanträge ändern und neben der Option von „Herr“ und „Frau“ eine dritte</p> |

| | | | |
|------|--|--|---|
| | | | Option schaffen kann. Der SPD-Bundesvorstand wird anschließend einen Änderungsvorschlag dem Bundesparteitag zur Entscheidung vorlegen. |
| Org7 | <i>Kreis II Altona</i> | Programmatische Erneuerung der SPD – Kapitalismuskritik | <p>(Zurückgezogen)</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Der Kreis Altona setzt sich für die programmatische Erneuerung der SPD ein. Dazu werden im Verlauf des Jahres 2018 verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, die sich mit der Neubestimmung des Verhältnisses von SPD und Kapitalismus in der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen sollen.</p> <p>Am Beginn steht eine Mitgliederversammlung der SPD Altona, in der Vertreter/innen der SPD-Grundwertekommission die inhaltlichen Grundlinien zum Thema SPD und Kapitalismus zur Diskussion stellen. Daran sollen sich kleinere Veranstaltungen anschließen – z.B. Workshops zu Themen, die in der Mitgliederversammlung eine besondere Rolle gespielt haben. Den Abschluss soll ein Kreisparteitag der SPD Altona bilden, der die Ergebnisse des Diskussionsprozesses in einem programmatischen Beschluss zusammenführt.</p> |
| INI | | Abschiebestopp nach Afghanistan beibehalten | <p>(Angenommen)</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der seit Juni 2017 praktizierte eingeschränkte Abschiebestopp nach Afghanistan weiter in Kraft bleibt.</p> |
| INI | <i>Distriktsvorstand Altona-Altstadt</i> | Bürgerhäuser und Stadtteilkulturzentren stärker unterstützen – Mehr Mittel in den Beratungen für den kommenden Haushalt einplanen. | <p>(Annahme in geänderter Fassung):</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg auf, dass im Doppelhaushalt 2019/2020 die institutionelle Förderung für die Hamburger Bürgerhäuser und Stadtteilkulturzentren in den Einzelplänen der betroffenen Bezirke weiter erhöht werden.</p> |